

Dipl.-Ing. Dr. Dirk H. Ahrens-Salzsieder
Erster Beigeordneter und
Kämmerer der Stadt Hürth



**Rede anlässlich der Einbringung
des Haushaltentwurfs 2012
und der mittelfristigen Finanzplanung
im Rahmen der Sitzung
des Rates der Stadt Hürth
am 08.11.2011**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 08.11.2011, 18.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

der Herr Bürgermeister hat in seiner Haushaltsrede die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt sehr zutreffend skizziert und auch sehr anschaulich beschrieben, wo wir finanziell stehen.

Gestatten Sie mir aber, dass ich diese Ausführungen aus meiner Sicht als Kämmerer mit einigen Worten ergänze.

Der Herr Bürgermeister hat ausgeführt, dass wir von im Land Nordrhein-Westfalen insgesamt chronisch unterfinanzierten Kommunen noch im besseren Drittel liegen.

Das liegt u. a. daran, dass wir bisher noch unsere Ausgleichsrücklage zum Haushaltsausgleich einsetzen können und unser Eigenkapital noch nicht angegriffen haben. Damit werden wir erst im kommenden Jahr 2012 beginnen müssen, während andere Kommunen entweder bereits überschuldet oder absehbar von der Überschuldung bedroht sind.

Nach einer Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 21.09.2011 belief sich die Verschuldung der Kommunen in NRW im Jahr 2010 auf 3.183 €/Einwohner. Bei uns sind es nach dem Jahresabschluss 2010, der Ihnen heute auch zur Beschlussfassung vorliegt, mit 1.648 €/Einwohner knapp die Hälfte.

Betrachtet man das Verhältnis von Vermögen zu Verbindlichkeiten, so stellt der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über den Jahresabschluss 2010 auf Seite 33 eine außerordentlich hohe Eigenkapitalquote, nämlich von 63,6 % fest. Der landesweite Mittelwert der Kommunen liegt bei 38,8 %. Anders ausgedrückt, einem 1 € kommunaler Verbindlichkeiten in Hürth stehen 3,80 € an Eigenkapital gegenüber.

Warum ist dies so?

Wir haben in Hürth in der Vergangenheit eben unsere Stadtwerke nicht verkauft und den Erlös zum Haushaltsausgleich eingesetzt, unser Kanalnetz und unsere Kläranlage nicht dem Erftverband übertragen. Die Straßenbeleuchtung gehört immer noch uns und wir bewirtschaften diese mit weniger Aufwand als andere. Aus den gleichen Gründen haben wir die Straßenreinigung in eigener Regie übernommen, desgleichen die braune Tonne und mit der Verwertung des Altpapiers in der blauen Tonne stabilisieren wir unsere Gebühren.

Wir haben unsere Beteiligungen nicht zu Geld gemacht, sondern profitieren weiterhin von ihren Ausschüttungen. Aus den RWE-Aktien erzielen wir mehr Erträge als der Kreis z. B. aus dem Pensionsfond, für die er eben diese Aktien veräußert hat.

Wir haben uns bereits im Jahr 1998 die Verfügung über das Stromnetz gesichert und werden dieses ab 2018 hoffentlich vollständig in eigener Regie übernehmen. Die Erlöse aus der Pacht für das Stromnetz werfen mehr ab, als wir für die Kreditzinsen im Zusammenhang mit dem Erwerb unseres 75,1 %-Anteils an der Energieversorgung Hürth GmbH bezahlen müssen.

Mit der Wärmegesellschaft RHEIN-ERFT mbH, an der unsere Stadtwerke ebenfalls die Mehrheit halten, sind wir mittlerweile auch auf Kölner Gebiet tätig. Mit den Erlösen aus den Geschäften auf Kölner Gebiet finanzieren wir den Ausbau und den Betrieb der Fernwärme bei uns in Hürth zu günstigen Konditionen für die Bevölkerung und die örtliche Wirtschaft.

Anders ausgedrückt, hier zahlt sich jetzt aus, dass wir die Kommunalisierung von Aufgaben bereits betrieben haben, als andere noch an der Rohrkrepiereideologie „Privat vor Staat“ gearbeitet haben. Jetzt fehlen diesen Protagonisten eines freien und unkontrollierten Marktes vielfach die Mittel für eine erforderliche und auch von der Bevölkerung gewünschte Rekommunalisierung.

Unsere Ausgangssituation in der aktuellen Finanzkrise ist vor dem Hintergrund unserer Vermögens- und Verschuldungslage im Vergleich zu anderen Kommunen in NRW also recht komfortabel.

Bisher haben wir daher auch einige schwierige Jahre ohne Eigenkapitalverzehr und Aufnahme von Kassenkrediten überbrücken können.

Was mir allerdings Sorge bereitet, sind die zu erwartenden hohen jährlichen Defizite zwischen 16 und 20 Mio. € bis zum Jahr 2015. Sie werden dazu führen, dass wir ab 2013 jetzt doch Kassenkredite, also Kredite zur Finanzierung laufender Aufwendungen aufnehmen müssen. Diese werden sich bis zum Jahr 2015 auf rd. 57,3 Mio. € belaufen. Nach Einschätzung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wird bei diesen Defiziten unser Eigenkapital in rd. 25 Jahren aufgebraucht sein.

Ich bin als Kämmerer in den letzten Wochen gefragt worden, was ich gegen diese Entwicklung zu tun gedenke?

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich hier in einem mehrfachen Dilemma als Kämmerer stecke.

§ 75 (2) GO NRW postuliert den Haushaltsausgleich als tragendes Ziel der Haushaltswirtschaft wie folgt: „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.“

Diesem Ziel können der Haushaltsentwurf 2012 und auch die mittelfristige Finanzplanung nicht gerecht werden. Nach der Ergebnisrechnung stehen im Jahr 2012 Einnahmen von rd. 111 Mio. € um 19,7 Mio. € höhere Aufwendungen gegenüber.

Um einen Haushaltsausgleich zu erzielen müsste also nahezu jeder 5. € eingespart werden.

Der Herr Bürgermeister hat bereits ausgeführt, was wir zur Haushaltskonsolidierung bereits unternommen haben.

Weitere Maßnahmen würden jetzt nicht mehr auf die Optimierung von Aufgabenerfüllungen abzielen, sondern wir müssten jetzt die Erfüllung von Aufgaben einstellen und auch Einrichtungen völlig schließen. Das würde bedeuten keine Musikschule mehr, keine Stadtbücherei, kein Schwimmen mehr zu akzeptablen Preisen, eine Stadt ohne Kultur, lange Wartelisten bei der OGS, kein Stadtbus mehr, etc..

Anders ausgedrückt, wir müssten die Stadt vor ihren Bürgerinnen und Bürgern abschließen.

Ein anderes aktuelles Beispiel: die Stadtwerke haben für sich und die Stadt gemäß dem Wunsch des Verwaltungsrates auch für das Jahr 2012 Strom aus regenerativen Quellen bestellt. Dieser Ökostrom ist bei netto rd. 2,1 Mio. € Strombezugskosten insgesamt um rd. 44.000 € teurer als sog. Graustrom. Das sind zwar nur 2% der gesamten Stromkosten, aber können wir uns das noch leisten, zumal der Strompreis von 2011 nach 2012 um rd. 10% insgesamt steigt?

Können wir es aber nach Fukushima noch verantworten, Strom aus Atomkraftwerken zu beziehen, wenn die Bevölkerung mehrheitlich für den Ausstieg aus der Atomkraft ist?

Was werden unsere Kinder sagen? Wie konntet ihr euch durch Ökostrom noch weiter zu unseren Lasten verschulden? Oder würden sie sagen, wie konntet ihr weiterhin Atomstrom beziehen?

Abgesehen davon, dass die Bürgerschaft die Einstellung aller freiwilligen Leistungen nicht verstehen würde, würde dies auch nicht ausreichen, das Defizit wesentlich zu reduzieren.

Hierzu müssten wir dann nämlich darüber hinaus die uns gesetzlich auferlegten Aufgaben in Frage stellen, die gesetzlichen Ansprüche auf einen Kindergartenplatz und eine U-3-Betreuung, unsere Schulträgeraufgaben etc..

Spätestens hier beginnt aber mein Dilemma als Kämmerer, das aber nach dieser Rede im Rahmen der Beratung des

Haushaltsentwurfs auch zu Ihrem Dilemma wird, meine Damen und Herren des Rates. Denn § 75 GO NRW postuliert in Absatz 2 nicht nur das Erfordernis eines Haushaltsausgleichs, sondern nach Absatz 1 hat die „Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.“ Unter Verweis auf den Kommentator Klieve führt der Kreis in seiner Genehmigungsverfügung des Haushalts 2011 sogar aus, „dass die Sicherung der stetigen Erfüllung kommunaler Aufgaben wichtigster Zweck der gesamten Haushaltswirtschaft ist und vom Gesetzgeber an erster Stelle genannter Haushaltsgrundsatz wurde. Die gesamte kommunale Haushaltswirtschaft ist auf dieses oberste Ziel auszurichten. Bei der Planung und Durchführung des haushaltswirtschaftlichen Verhaltens kann sich die Situation ergeben, dass zugunsten dieses Grundsatzes die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zurücktreten müssen, soweit sie im Einzelfall der Aufgabensicherung entgegenstehen. Hier sind jedoch strenge Maßstäbe anzulegen.“

Damit wäre mein und jetzt auch Ihr Dilemma beschrieben.

Die Streichung aller freiwilligen Aufgaben und Einrichtungen allein reicht zum Haushaltsausgleich nicht aus.

Die Streichung von uns gesetzlich vorgegebenen Aufgaben durch uns ist nicht möglich.

Das Fazit daraus ist, wir werden weiterhin jährliche Defizite haben, die zu Lasten der nachfolgenden Generationen gehen. Wir können uns nur darum bemühen, dieses Defizit so gering wie möglich zu halten. Das ist sogar unsere Pflicht und das sind wir auch unseren Kindern schuldig.

Bereits in meiner Haushaltsrede vor ziemlich genau einem Jahr, hatte ich an dieser Stelle ausgeführt, dass wir „ohne eine neue Finanzverfassung, die die Kommunen entlastet, (..) – wie andere Kommunen auch – unsere enormen Haushaltsdefizite nicht abbauen können (werden)“. Das gilt auch heute noch.

Ich höre oft, wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Dem widerspreche ich ausdrücklich. Wir haben sowohl ein Ausgaben- als auch ein Einnahmenproblem.

Die kommunalen Spitzenverbände in NRW werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass die Kommunen hier im Lande im Vergleich zu anderen Bundesländern chronisch unterfinanziert sind. Die jetzige Landesregierung hat zwar mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen eine Initiative ergriffen. Diese wird aber nicht ausreichen, aber es ist ein erster Schritt.

Ohne 2-stellige Millionenbeträge aus Sonderzahlungen aus der Gewerbesteuer, das Jahr 2010 hat es gezeigt und der Jahresabschluss 2011 wird es auch wieder zeigen, ist der Haushalt nicht mehr auszugleichen.

Und das liegt vor allem an den zusätzlichen Ausgaben auf Grund von Lasten, die man uns auferlegt.

Die größten Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen 2011 und 2012 in den Produktbereichen finden Sie in den Bereichen:

- Innere Verwaltung mit rd. 1,8 Mio. € Verschlechterung, vor allem bedingt durch eine um 1,1 Mio. € erhöhte bauliche Unterhaltung und geringere Grundstückserlöse von 0,8 Mio. €;
- Kinder-, Jugend und Familienhilfe mit 2,2 Mio. € zusätzlicher Belastung und
- Allgemeine Finanzwirtschaft mit rd. 8,1 Mio. € Verschlechterung.

Die zuletzt genannte Verschlechterung ist in erster Linie auf um rd. 5 Mio. € geringere Gewerbesteuereinnahmen bei gleichzeitig rd. 5,1 Mio. € höherer Kreisumlage zurückzuführen.

Damit wird die Kreisumlage, meine Damen und Herren des Rates die mit Abstand höchste Ausgabeposition im Haushalt. Rd. 29,8 Mio. € fließen an den Kreis. Gut jeder 4. € unserer Einnahmen fließt im Jahr 2012 an den Kreis.

Die Kreisumlage ist von 1996 bis 2011 um rd. 73% gestiegen, die Umlagegrundlagen dagegen nur um 33%. Selbst wenn man unsere Entlastung aus dem SGBII-Bereich herausrechnet, bleibt eine exorbitant hohe Steigerung der Belastung durch den Kreis.

Der Herr Bürgermeister hat es bereits ausgeführt, für den Haushaltsausgleich plädieren wir für eine Reduzierung der Kreisumlage. Und da bin ich mir auch mit allen meinen Kämmererkollegen im Kreis, ausgenommen natürlich oder leider die Kreiskämmerin, einig.

Der Kreis erhält Rückzahlungen vom Landschaftsverband, erhöhte Umlagen von den Kommunen im Kreis und wird bei der Grundsicherung im Alter allein für die Stadt Hürth im Jahr 2012 mit rd. 0,8 Mio. € vom Bund entlastet. Im Jahr 2014 sind es dann sogar rd. 2,0 Mio. € Entlastung anteilig für den Bereich der Stadt Hürth. Diese Entwicklungen entlasten den Kreishaushalt erheblich. Diese Entlastung hat er an die Kommunen weiter zu geben. Das sieht im übrigen auch der Stärkungspunkt Stadtfinanzen der NRW-Landesregierung ausdrücklich vor.

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder, die auch Kreistagsmitglieder sind, ich appelliere an Sie, lassen Sie es nicht zu, dass der Kreis sich einer Haushaltskonsolidierung verweigert.

Zwingen Sie den Kreis dazu, Entlastungen an die kreisangehörigen Kommunen weiter zu geben.

Lassen Sie es nicht zu, dass der Kreis sich seiner Verantwortung für das Gemeinwesen entzieht. Und dazu zählen natürlich auch die kreisangehörigen Kommunen.

Lassen Sie es nicht zu, dass der Kreis uns in die Haushaltssicherung abstürzen lässt ohne selbst Anstalten zur Konsolidierung seiner Finanzen zu machen. Andere Kreise in NRW gehen da partnerschaftlicher mit ihren Kommunen um, suchen den Schulterchluss und üben Solidarität.

Das kann ich bei unserem Kreis nicht erkennen. Die funktionierende interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des betriebsärztlichen Dienstes bezeichnet der Landrat als Bürokratismus. Im Bereich des ÖPNVs kommen die Kommunen als Kooperationspartner gar nicht mehr vor. Das sind nur einige Beispiele, die belegen, dass der Kreis die Kommunen völlig aus dem Blickfeld verloren hat. Es ist eben einfacher sich mit sich selbst zu beschäftigen. Da stören wir nur, sollen es aber bezahlen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluss noch einige eher technische Hinweise für die Beratungen.

Auf Ihren Tischen liegen der eigentliche Haushaltsentwurf 2012 und die mittelfristige Finanzplanung.

Daneben finden Sie noch einen Erläuterungsband. Hier haben wir versucht, die wichtigsten Abweichungen von den Ansätzen des Vorjahres zu erläutern. Eine Zusammenfassung des Haushalts in einem Band wäre nicht praktikabel gewesen.

Außerdem erhalten Sie im Erläuterungsband noch eine Übersicht über die Abweichungen der Planansätze 2011 und 2012 für jedes einzelne Produkt. Das soll Ihnen die Erarbeitung von Einsparvorschlägen erleichtern, für die ich natürlich immer offen bin.

Sie erhalten heute keinen Beteiligungsbericht. Dieser wird zukünftig Bestandteil des konsolidierten Gesamtabschlusses sein, an dem wir nach Beginn der Beratungen des Haushalts wieder weiter arbeiten werden. Wir haben zwar schon mit der Erstellung begonnen, vorrangig waren für uns aber erst einmal der Haushaltsentwurf 2012 und die Jahresabschlüsse 2009 und 2010.

Bezüglich des Jahresabschlusses 2011 kann ich Ihnen noch keine genauen Daten sagen. Ich gehe aber davon aus, dass das geplante Defizit von rd. 7,5 Mio. € etwas geringer ausfallen wird. Mehrere Millionen werden aber voraussichtlich als Defizit bestehen bleiben.

Sie haben heute auch den Entwurf des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke ausgehändigt bekommen. Dieser wird im Verwaltungsrat beraten werden.

Gestatten Sie mir hier nur den Hinweis, dass hier die Abwertungen der RWE-Aktien, die angekündigten geringeren Dividendenausschüttungen von RWE, die zusätzlichen Zahlungen an der Verkehrsverbund Rhein-Sieg aus der Einnahmeaufteilung und auch die gestiegenen Stromkosten weitgehend abgefangen werden.

Tlw. können sogar Gebühren gesenkt werden.

Damit ist aber die Belastbarkeit der Stadtwerke fast überschritten. Darüber hinaus gehende Kosteneinsparungen sind nicht mehr möglich. Der mit 8,1 Mio.€ ausgewiesene Verlust resultiert aus der Übernahme der Kosten für die Stadtbahnlinie 18 und den Stadtbus, die Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung, den Winterdienst und die Straßenreinigung, die Unterhaltung der Grünflächen.

Dieser Verlust war eigentlich bereits für 2001 prognostiziert, er tritt jetzt erst nach 11 Jahren ein. Besser kann man den wirtschaftlichen Nutzen der Stadtwerke für die Stadt und die direkte Entlastung für den städtischen Haushalt nicht beschreiben.

Dem stehen aber auch noch Zahlungen der Stadtwerke an die Stadt gegenüber, was oft vergessen wird:

○ Gewerbesteuer:	0,8 Mio. €
○ Konzessionsabgabe Wasser:	0,6 Mio. €
○ Miete:	0,4 Mio. €
○ Erstattung für Leistungen und Personal:	<u>0,5 Mio. €</u>
Insgesamt:	2,3 Mio. €

Der Haushaltsentwurf, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, eine Kurzübersicht über den Haushalt und die Haushaltsreden werden morgen auf der Internetseite der Stadt stehen, verbunden mit der Möglichkeit für alle Hürther, wie mit Ihnen meine Damen und Herren des Rates verabredet, Anregungen und Kritik zum Haushalt zu äußern oder auch nur Fragen zu stellen.

Hierzu steht folgende E-Mail-Adresse zur Verfügung:

Finanzbuchhaltung@huerth.de

Ich würde mir wünschen, dass viele Bürgerinnen und Bürger von dieser Möglichkeit bis zum 30.11.2011 Gebrauch machen.

Ihnen meine Damen und Herren von den Medien wäre ich sehr verbunden, wenn Sie in Ihrer Berichterstattung auf dieses bürgerinteraktive Instrument der Haushaltsberatung hinweisen würden.

Ich verspreche Ihnen, dass alle konkreten Anregungen bearbeitet und wo gewünscht, auch beantwortet werden. Ich bitte allerdings bereits jetzt um Verständnis dafür, dass wir hier nur Hürth spezifische Anliegen berücksichtigen können. Abstrakte und ins grundsätzliche des bestehenden Finanzsystems zielende Ausführungen etwa werden wir ebenso unberücksichtigt lassen wie anonyme Ansprachen.

Ich danke meinem Team in der Kämmerei und bei den Stadtwerken für die aktive Mitgestaltung eines genehmigungsfähigen Haushalts. Das war schon ein Kraftakt, der ohne Sie nicht hätte gestemmt werden können

Ich danke Ihnen Herr Bürgermeister für Ihr Vertrauen und für die sehr gute Zusammenarbeit auch in schwierigen Zeiten.

Ich danke auch meinen Dezernentenkollegen.

Herrn Menzel danke ich dafür, dass er darum bemüht ist, die Kostenexplosionen im Kindergarten und U-3-Bereich abzufedern, so gut das eben geht und auch bei den Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung gegenzusteuern, deren Anstiege uns noch Anfang des Jahres in Atem gehalten haben.

Herrn Franzen danke ich, dass sein Team im Gebäudemanagement die Instandhaltungsrückstellungen nahezu planmäßig abarbeitet, die Investitionen aus dem Konjunkturprogramm fristgerecht zum Jahresende zum Abschluss bringt und darüber hinaus für 2012 auch noch weitere bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in Angriff nimmt. Das dient der Werterhaltung unseres Vermögens und der Zufriedenheit der Nutzer. Unsere Gebäude, das ist mein Eindruck, waren noch nie so gut in Schuss wie jetzt.

Ihnen meine Damen und Herren des Rates danke ich erst einmal für Ihr Zuhören und Ihre Geduld.

Ich wünsche uns allen sachliche und konstruktive Haushaltsberatungen zum Wohle dieser Stadt.